

# Der Ärger der Politik über die „Mühle“

**Geplante Kläranlage:** Der Rat der Gemeinde Kreuzau erteilt mit 17:15-Stimmen das Einvernehmen für eine Ausnahmeregelung

**VON SARAH MARIA BERNERS**

**Kreuzau.** Der Rat der Gemeinde hat das Einvernehmen für eine Ausnahmeregelung erteilt. Wenn es nach der Mehrheit der Kreuzauer Politik geht, dürfen die für die geplante Kläranlage der Papierfabrik Niederauer Mühle erforderlichen Gebäude höher sein, als es die entsprechende Satzung für dieses Gebiet eigentlich vorsieht. Das hat die CDU mit einer Stimme der FDP auf den Weg gebracht.

Die Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung in Köln, das sogenannte Einvernehmen der Gemeinde ist rechtlich nicht bindend. In der CDU-Fraktion sah man trotz des Ärgers über die Vor-

gehensweise der Firma – der auch in der Ratssitzung ausdrücklich deutlich wurde – keine städtebaulichen Gründe, um das Einvernehmen zu versagen. Dezernent Siegfried Schmühl hatte zuvor weitere Infos vom Anlagenhersteller eingeholt und stufte die von der Niederauer Mühle genannten erforderlichen Höhen nun als nachvollziehbar ein. Die Firma selbst hatte Fragen von Politik und Verwaltung bislang nicht zu deren Zufriedenheit beantwortet.

Und es war auch diese Verärgerung im Umgang miteinander, der weite Teile der Politik gegen die Erteilung des Einvernehmens stimmen ließ. SPD-Fraktionschef Rolf Heibüchel unterstrich noch ein-

mal, dass das Vorgehen der Firma eine Frechheit sei. „Ich lasse mich nicht wie ein Stier mit einem Ring in der Nase herumführen“, betonte er. „Soll die Regierungspräsidentin unsere Entscheidung meinetwegen kassieren. Ich werde Nein sagen.“

## Liste mit Kritikpunkten

Auch Karl-Heinz Kern (Grüne) wollte sich nicht von der Papierfabrik „vorführen lassen“, äußerte aber auch weiterhin sachliche Zweifel an der Alternativlosigkeit der Gebäudehöhen. Eine umfangreiche Liste mit Kritikpunkten ist der Bezirksregierung im Rahmen einer Stellungnahme der Ge-

meinde allerdings bereits zugeschiedt worden.

„Es ist schwer, Emotionen und Ärger beiseite zu schieben“, sagte SPD-Mann Axel Iven und versuchte, die Debatte wieder auf eine sachliche Ebene zu bringen, denn nur die zähle für die Genehmigungsbehörde. Er halte die Abweichung vom Bebauungsplan für nicht tragbar, zum Beispiel mit Blick auf die Nachbarschaft und sehe keinen Befreiungsgrund.

„Eigentlich finden wir doch alle, dass die Anlage eine gute Sache ist“, kommentierte Egbert Braks (FDP) schlicht. Die Vorklärung ist auf dem Firmengelände wichtig, da die Kapazitäten der Kläranlage in Merken erschöpft

sind. Sein FDP-Fraktionskollege Professor Erik Meurer fand auch, dass die Anlage prinzipiell gebaut werden soll. „Aber wenn es geht, sollte sie tiefer sein.“ Das sah Johannes Kaptain (CDU) wieder anders: „Wenn die Anlagen der Firma mit der Höhe an vielen Orten funktionieren, dann sollten wir uns in Kreuzau nicht auf ein Experiment einlassen.“ Mit 17 Ja-, 15 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen wurde das Einvernehmen für höhere Gebäude mehrheitlich beschlossen.

Das weitere Genehmigungsverfahren für die Anlage – in dem auch die Kritikpunkte aus Kreuzau gehört werden – liegt nun in den Händen der Kölner Behörde.

Kommentar zum Artikel von Karl Imken (Mitglied der BI) :

Egal aus welcher Himmelsrichtung man sich Kreuzau nähert, ist das Ortsbild durch riesige Fabrikgebäude und überdimensionale und immer rauchende Kamine geprägt. Durch weitere, über vorhandene Gebäude hinaus ragende Silo ähnliche Türme, wird sich diese Ansicht mit Sicherheit nicht verbessern. Die Verantwortung hierfür tragen allein unsere amtierenden Politiker. Die Entscheidungsträger wären gut beraten gewesen sich weitere Fachinformationen von unabhängiger Kompetenz, und nicht vom Bauherren selbst, einzuholen. Plausible Gründe für die geplante Bauhöhe konnten bis heute nicht vorgelegt werden und gegensätzliche Argumente wurden ignoriert.

Mit dem einst angestrebten Bild von einem lebenswerten Wohnort Kreuzau, der auch Besucher und Urlauber anziehen soll, hat dies nichts mehr zu tun. Wegen ständigen Belästigungen durch Gestank, Lärm und starkem LKW-Verkehr meidet jetzt schon so manch einer unseren Wohnort.

Den hierfür Verantwortlichen wird der Dank der Fa. „NM“ und der Bevölkerung sicher sein und sollte mit einem Orden honoriert werden.